

Die Koalition des Betrugs: Die gebrochenen Wahlversprechen von Schwarz-Gelb

Schwarz-Gelb bricht alle Negativrekorde

Neun Monate ist Schwarz-Gelb an der Macht – neun Monate eines politischen Debakels ohne Beispiel in der Geschichte der Bundesrepublik. Nach der Sommerpause wird Deutschland ein Jahr lang nicht regiert. Schwarz-Gelb bricht alle Negativrekorde: Mit 270 Tagen die längsten je geführten Koalitionsverhandlungen, die noch immer ohne Ergebnis sind. Führungslosigkeit, Chaos und Streit ohne Ende. Ministerrücktritt in Rekordzeit. Eine Rekordzahl von Kommissionen, in denen fehlende politische Entscheidungen auf die lange Bank geschoben werden. Das Kabinett eine Nichtregierungsorganisation von Show- und Ankündigungsministern, Ausweichkünstlern und Totalausfällen. Die faulste Regierung aller Zeiten, die erkennbar Probleme hat, ihre Plenarzeit sinnvoll zu füllen, denn noch nie gab es weniger ernsthafte Gesetzesinitiativen. Eine Kanzlerin, die sich als schwäbische Hausfrau anpries und jetzt den Titel der Schuldenkönigin von Helmut Kohl übernommen hat, denn noch nie hatte die Bundesrepublik eine höhere Neuverschuldung. Vor allem aber: Schwarz-Gelb ist die Koalition des politischen Betrugs, denn noch niemals wurden Wahlversprechen so dreist in Serie gebrochen.

Merkel ohne Vertrauen, Regierung ohne Mehrheit

Folgerichtig ist, dass noch niemals eine neue Regierung so schnell so dramatisch an Vertrauen verloren hat: Die FDP von 15 Prozent auf 5 Prozent eingebrochen. Guido Westerwelle der unbeliebteste Außenminister aller Zeiten. Nahezu 60 Prozent ohne Vertrauen in Merkel. Schwarz-Gelb ohne Mehrheit. Die Oppositionspolitiker Sigmar Gabriel (+5) und Frank-Walter Steinmeier (+10) mit stark wachsendem Zuspruch. Rot-Grün mit 47 Prozent an der Schwelle einer eigenen Regierungsmehrheit. (Deutschlandtrend, Infratest dimap, 1. Juli 2010)

Versprochen – Gebrochen. Bilanz des Betrugs

Die Beispiele für Wortbruch und Tatenlosigkeit sind vielfach. Nachfolgend dokumentieren wir eine Auswahl von Fehlleistungen und Regierungsversagen:

VERSPROCHEN: ENTLASTUNG FÜR MITTLERE UND UNTERE EINKOMMEN

- Im Koalitionsvertrag wird „...eine steuerliche Entlastung insbesondere für die unteren und mittleren Einkommensbereiche sowie für die Familien mit Kindern in einem Gesamtvolumen von 24 Mrd. Euro (volle Jahreswirkung) im Laufe der Legislaturperiode...“ (S. 10) angekündigt.

GEBROCHEN: DIE NETTO-LÜGE

- „Mehr Netto vom Brutto“, lautete das zentrale Wahlversprechen von Schwarz-Gelb. Zwar wurde das Kindergeld erhöht. Aber die schwarz-gelbe Koalition musste ihr Steuerentlastungsversprechen nach Ablauf des ersten halben Regierungsjahres zurücknehmen. Dass sich die Steuersenkungen angesichts der krisenbedingten Belastungen der öffentlichen Haushalte und des enormen strukturellen Konsolidierungsbedarfs als unrealistisch erweisen würden, stand bereits bei der Formulierung des Koalitionsvertrages fest.
- CDU, CSU und FDP haben den Bürgerinnen und Bürger wider besseres Wissens falsche Hoffnungen auf Steuerentlastungen gemacht. Durch steigende Gebühren für Kinderbetreuung, Wasser oder Müllentsorgung in den Kommunen, aber auch durch steigende Abgaben für gesetzlich Krankenversicherte, darunter Millionen Rentnerinnen und Rentner, steht am Ende das Gegenteil des Versprochenen: Weniger Netto.

VERSPROCHEN: STEUERGERECHTIGKEIT

- Im Koalitionsvertrag sprechen sich CDU/CSU und FDP dafür aus, „dass Steuern einfach, niedrig und gerecht sind.“ (S. 10).
- Ein gerechtes Steuersystem setzt vor allem voraus, dass die Finanzierungslasten nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf die Bürgerinnen und Bürger verteilt werden. Starke Schultern müssen deshalb mehr tragen als schwache Schultern.

GEBROCHEN: KLIENTELPOLITIK UND STEUERPRIVILEGIEN

- Die Steuerpolitik der schwarz-gelben Koalition hat aber vor allem zu einer Entlastung von Unternehmen, Beziehern hoher Einkommen und reichen Erben geführt.
- Hervorzuheben sind vor allem die Einführung eines nach dem Urteil sämtlicher Experten unsinnigen Umsatzsteuerprivilegs für Hotels, die Rückgängigmachung wichtiger Gegenfinanzierungsmaßnahmen der Unternehmensteuerreform 2008 und die verfassungsrechtlich unzulässige

Erweiterung der steuerlichen Verschonung von Betriebsvermögen bei der Erbschaftsteuer. Schwarz-Gelb treibt Klientelpolitik bis an den Rand des Verfassungsbruchs.

- Auch die an sich begrüßenswerte Verbesserung des Familienleistungsausgleichs erfüllt nicht die Anforderungen an eine gerechte Steuerpolitik. Von der vorrangigen Anhebung des progressionswirksamen Kinderfreibetrages profitieren vor allem Gutverdiener. Dieser Effekt wird durch die ebenfalls durchgeführte Kindergelderhöhung nicht ausgeglichen. Eltern, die arbeitslos sind, werden von der Kindergelderhöhung völlig ausgenommen. Gerechtere wäre dagegen eine gleiche Förderung für jedes Kind, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

VERSPROCHEN: STEUERHINTERZIEHUNG BEKÄMPFEN

- Im Koalitionsvertrag bekennen sich CDU, CSU und FDP dazu, dass sie die Bemühungen im Kampf gegen die internationale Steuerhinterziehung weiter vorantreiben werden (S. 14).

GEBROCHEN: STEUERFLUCHT WIRD ERLEICHTERT

- In der Regierungspraxis erweist sich diese Ankündigung als Lippenbekenntnis. Dies wird beispielsweise an der unterlassenen Umsetzung des von der Großen Koalition beschlossenen Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetzes deutlich.
- Dass die schwarz-gelbe Koalition an der Bekämpfung schädlicher Steuerflucht kein echtes Interesse hat, zeigt vor allem die Rücknahme wichtiger Gegenfinanzierungsmaßnahmen der Unternehmenssteuerreform 2008. Dadurch werden erneut missbräuchliche Verlustverrechnungsmodelle und Gewinnverlagerungen ins Ausland ermöglicht.

VERSPROCHEN: STEUERVEREINFACHUNG

- Im Koalitionsvertrag versprechen CDU, CSU und FDP dass sie „das Steuersystem und das Besteuerungsverfahren ... deutlich vereinfachen und für die Anwender freundlicher gestalten“ (S. 10).

GEBROCHEN: NEUE SUBVENTIONEN, MEHR BÜROKRATIE

- Die schwarz-gelbe Koalition hat nicht zur Vereinfachung, sondern zu einer weiteren Verkomplizierung des Steuersystems beigetragen. Mit der Umsatzsteuerermäßigung für Hoteliers wurde eine neue Steuersubvention eingeführt. Durch die Einführung von Ausnahmen bei den Gegenfinanzierungsmaßnahmen der Unternehmenssteuerreform 2008 wurde deren Wirksamkeit ausgehöhlt und neue Steuerbürokratie geschaffen. Für die Begünstigung von Gutverdienern und Unternehmen nimmt Schwarz-Gelb also durchaus ein kompliziertes Steuersystem in Kauf.

VERSPROCHEN: FINANZMARKTREGULIERUNG

- Im Koalitionsvertrag kündigen CDU, CSU und FDP an, dass Deutschland Initiativen ergreifen wird, „um auf europäischer und internationaler Ebene eine Vorreiterrolle bei der Vermeidung zukünftiger Krisen wahrzunehmen. Denn in Zukunft darf es kein Finanzmarktprodukt, keinen Finanzmarktakteur und keinen Finanzmarkt geben, die nicht reguliert und beaufsichtigt sind“ (S. 52).

GEBROCHEN: DEUTSCHLAND WIRD VOM VORREITER ZUM NACHZÜGLER

- In der Finanzmarktpolitik der schwarz-gelben Koalition kann bisher von einer Vorreiterrolle auf europäischer und internationaler Ebenen keine Rede sein.
- Statt die Finanzmarktregulierung durch eigene Initiativen voranzubringen, gibt sich Schwarz-Gelb mit den in europäischen und internationalen Gremien vereinbarten Minimalkompromissen zufrieden. Dies wurde insbesondere bei der Aushandlung der europäischen Richtlinien zur Regulierung von Ratingagenturen, von Hedge-Fonds und der Verbriefung von Kreditrisiken deutlich. Auch bei der Umsetzung dieser europäischen Richtlinien in nationales Recht ging die schwarz-gelbe Koalition nicht über die im Ergebnis unzulänglichen Vorgaben hinaus.
- Handelt die schwarz-gelbe Regierung einmal in nationaler Verantwortung, erweisen sich ihre Vorschläge, wie im Fall des Gesetzentwurfs zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Devisengeschäfte, als reine Symbolpolitik. Die im Gesetzentwurf enthaltenen Verbote spekulativer Börsengeschäfte entfalten aufgrund ihrer Beschränkung auf das Inland und auf die ohnehin regulierten Börsen nur eine geringe Wirksamkeit.

VERSPROCHEN: FINANZMARKTAUFSICHT ...

- Die schwarz-gelbe Koalition hat sich vorgenommen, „die Bankenaufsicht in Deutschland bei der Deutschen Bundesbank zusammen(zu)föhren“ (S. 54).

GEBROCHEN: ... ABGESAGT

- Die schwarz-gelben Pläne zur Reform der Finanzaufsicht haben sich als völlig unausgegoren erwiesen. Es ist nicht überraschend, dass Bundesfinanzminister Schäuble eine Verschiebung der Reform angekündigt hat. Die im Koalitionsvertrag enthaltene Übertragung der gesamten Finanzmarktaufsicht auf die Bundesbank wäre eine klare Fehlentscheidung gewesen. Sie hätte eine Unterstellung der Bundesbank unter die Rechts- und Fachaufsicht der Bundesregierung bedeutet und hätte somit ihre Unabhängigkeit in Frage gestellt. Erforderlich ist deshalb nicht nur eine Verschiebung, sondern die endgültige Aufgabe dieser untauglichen Reform.

VERSPROCHEN: ANLEGERSCHUTZ ...

- Im Koalitionsvertrag avisierten CDU, CSU und FDP, dass sie „ein konsistentes Finanzdienstleistungsrecht schaffen (wollen), damit Verbraucher in Zukunft besser vor vermeidbaren Verlusten und falscher Finanzberatung geschützt werden“ (S. 46).

GEBROCHEN: ... AUF DRUCK DER LOBBY AUFGEWEICHT

- Die von Schwarz-Gelb bisher beabsichtigten Maßnahmen bleiben weit hinter den geweckten Erwartungen zurück.
- Der vom Bundesfinanzministerium ausgearbeitete Gesetzentwurf zur Stärkung des Anlegerschutzes und zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes wurde auf Druck der Lobby bereits mehrfach entschärft. Die Banken haben insbesondere durchgesetzt, dass die Bemühungen um einen besseren Schutz der Anleger bei offenen Immobilienfonds wieder aufgeweicht wurden.
- Überdies herrscht innerhalb der schwarz-gelben Bundesregierung Uneinigkeit über die erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung des Anlegerschutzes. Solange die Streitigkeiten zwischen Finanz- und Wirtschaftsministerium über die Regulierung des so genannten Grauen Kapitalmarktes nicht beigelegt werden können, verzögert sich die geplante Beschlussfassung der Bundesregierung über ihren Gesetzentwurf zur Stärkung des Anlegerschutzes.

VERSPROCHEN: GLEICHSTELLUNG VON LEBENSPARTNERSCHAFTEN

- Im Koalitionsvertrag nimmt sich Schwarz-Gelb vor, „insbesondere die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Gleichstellung von Lebenspartnern mit Ehegatten um(zu)setzen.“ (S. 12)

GEBROCHEN: BENACHTEILIGUNGEN BLEIBEN BESTEHEN

- Die Gleichstellung eingetragener Lebenspartner ist nach wie vor unvollkommen. Rückwärtsgewandte Kräfte bei Schwarz-Gelb blockieren die Umsetzung. Die steuerrechtliche Gleichbehandlung soll mit dem angekündigten Jahressteuergesetz 2010 nur in sehr wenigen Punkten vollzogen werden. Bei der Einkommenssteuer werden Lebenspartner weiterhin benachteiligt.

VERSPROCHEN: ENTLASTUNG DURCH GESUNDHEITSREFORM

- Schwarz-Gelb wollte ein neues Gesundheitssystem. Dabei sollte die Versorgung weiterhin gewährleistet sein, während die Versicherten finanziell entlastet werden.
- Mit dem Gelingen der Gesundheitsreform verband Minister Rösler sogar sein Amt, als er sagte, komme sie nicht, wolle ihn niemand mehr Amt sehen.

GEBROCHEN: STEIGENDE BEITRÄGE FÜR NORMALVERDIENER

- Minister Rösler ist mit seinen Vorschlägen zu einer Gesundheitsreform gleich mehrfach im Kabinett gescheitert. Die von ihm verfochtene Kopfpauschale hat der Koalitionspartner bereits für „gestorben“ erklärt. Ein Sozialausgleich aus Steuermitteln hätte zwischen 30 und 40 Milliarden Euro gekostet. Dass das unfinanzierbar ist, war schon vor den Wahlen klar.
- Einsparungen bei Arzneimitteln blieben dank der Pharma-Lobby halbherzig und unzureichend.
- Statt einer Reform beschloss Schwarz-Gelb jetzt eine Anhebung der Beiträge für Millionen gesetzlich Versicherte. Besonders Normalverdiener müssen draufzahlen. Und eine Anhebung der „kleinen Kopfpauschale“, des Zusatzbeitrages, den nur die Versicherten zahlen müssen, bleibt auf dem Tisch. Die bisherige Deckelung von einem Prozent des Einkommens soll auf bis zu 2,5 Prozent ansteigen. Ginge es nach der FDP, würde die Deckelung ganz wegfallen.
- Über die Mehrbelastung der Arbeitnehmer bei den Krankenkassenbeiträgen und über die Erhöhung des Zusatzbeitrages wird der Versicherte abkassiert wie selten zuvor.

VERSPROCHEN: VERMITTLUNGSOFFENSIVE IN ARBEIT

- Alleinerziehende, Jugendliche und ältere Arbeitnehmer sollen zügiger und besser vermittelt werden, so Arbeitsministerien von der Leyen im Frühjahr.

GEBROCHEN: ARBEITSFÖRDERUNG IN GEFAHR

- Mit dem Sparpaket der Bundesregierung werden die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik massiv gekürzt. Fachleute warnen davor, dass im kommenden Jahr die Arbeitsförderung lahmgelegt werden könnte. Pflichtleistungen sollen in Ermessensleistungen umgewandelt werden. Davon sind insbesondere auch die genannten Gruppen betroffen, z. B. beim nachträglichen Erwerb eines Hauptschulabschlusses.

VERSPROCHEN: VERSTETIGUNG DER MITTEL FÜR ARBEITSMARKTPOLITIK

- Im Rahmen der lang andauernden Jobcenter-Reform hatte die Bundesregierung eine Verstetigung der arbeitsmarktpolitischen Mittel zugesichert.

GEBROCHEN: EINSEITIGE EINSCHNITTE ZU LASTEN VON ARBEITSLOSEN

- Angesichts des Sparpakets kann davon keine Rede mehr sein. Verlierer sind die Arbeitslosen in Deutschland. Wer keine Lobby hat, der bekommt bei Schwarz-Gelb keine Hilfe.

VERSPROCHEN: MISSBRAUCH BEI ZEIT- UND LEIHARBEIT EINDÄMMEN

- Der Missbrauch in der Zeit- und Leiharbeit sollte bekämpft werden. Der Fall Schlecker hatte Ministerin von der Leyen aufgeschreckt: Sie versprach, gegen Missbrauch in der Leiharbeit vorzugehen.

GEBROCHEN: ALS TIGER GESPRUNGEN, ALS BETTVORLEGER GELANDET

- Die Arbeitsministerin legte bisher nur einen mageren Diskussionsentwurf vor. Dieser setzt hauptsächlich auf die Selbstregulierung durch die Arbeitgeber. Damit wird es nicht zu einer Eindämmung des Missbrauchs kommen. Den vollmundigen Ankündigungen von der Leyens folgt kein Handeln. Die Ministerin unternimmt nichts gegen den offensichtlichen Missbrauch bei Zeit- und Leiharbeit.

VERSPROCHEN: INSOVENZEN VERHINDERN

- Im Schwarz-Gelben Koalitionsvertrag steht: „Wir wollen die Restrukturierung und Fortführung von sanierungsfähigen Unternehmen erleichtern und damit den Erhalt von Arbeitsplätzen ermöglichen.“ Weiter heißt es: „Eine wesentliche Errungenschaft der Insolvenzordnung ist die Gleichbehandlung aller Gläubiger.“ (S. 18)

GEBROCHEN: INSOLVENZEN WERDEN BESCHLEUNIGT

- Die Ankündigung, dazu bis Jahresmitte einen Entwurf vorzulegen, hat die Bundesregierung nicht eingehalten.
- Von der viel gelobten Gleichbehandlung der Gläubiger ist keine Spur mehr zu sehen: laut Sparpaket soll der Fiskus in Insolvenzverfahren künftig wieder vor allen anderen Gläubigern befriedigt werden. Die Wiedereinführung des "Fiskusprivilegs" bricht mit dem seit 1999 geltenden Grundsatz, alle Gläubiger gleich zu behandeln und erschwert die Betriebsfortführung. Damit kann die angekündigte Insolvenzrechtsreform nicht halten, was sie versprochen hat.

VERSPROCHEN: WACHSTUMSFÖRDERUNG

- CDU, CSU und FDP haben erklärt, dass sie „Steuerpolitik als Wachstumspolitik“ verstehen (S. 10). Trotz dieser Ankündigung enthält der Koalitionsvertrag kein steuerpolitisches Konzept zur gezielten Wachstumsförderung. Als Einzelmaßnahme ist lediglich die Einführung einer „steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung“ (S. 15) vorgesehen.

GEBROCHEN: BREMSSPUR BEI INVESTITIONEN

- Die gewerblichen und die öffentlichen Investitionen in Deutschland stagnieren oder brechen ein. Investitionsimpulse wären zentral, um Deutschland gestärkt aus der Krise zu führen. Stattdessen gefährdet Schwarz-Gelb durch Kürzungen und Einschnitte an der falschen Stelle die Investitionen in Deutschland. Programme mit großer Hebelwirkung werden geschwächt. Die Förderung Erneuerbarer Energien, das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und die Städtebauförderung zusammengestrichen.
- Schwarz-Gelb hat bisher keine Vorschläge für eine steuerliche Forschungsförderung vorgelegt.

VERSPROCHEN: BREITBANDAUSBAU

- Schwarz-gelb hat den Ausbau eines hochleistungsfähigen Breitbandes für alle Menschen in Deutschland – insbesondere in den bisher nicht versorgten ländlichen Gebieten – versprochen. Das erfordert Investitionen von bis zu 50 Milliarden Euro.

GEBROCHEN: BLINDES MARKTVERTRAUEN

- Schwarz-Gelb delegiert die Erreichung der ehrgeizigen Ausbauziele, die noch von der Großen Koalition auf den Weg gebracht wurden, an den Markt. Nur auf die Eigeninitiative der Betreiber zu setzen, ist entschieden zu wenig. Mit Schwarz-Gelb drohen wir im Hinblick auf eine funktionierende Breitbandinfrastruktur gegenüber anderen OECD-Mitgliedstaaten den Anschluss zu verlieren.

VERSPROCHEN: DURCHBRUCH BEI ELEKTROMOBILITÄT

- Deutschland soll zu einem Leitmarkt für Elektromobilität werden – im August 2009 wurde noch unter Federführung der SPD der Nationale Entwicklungsplan Elektromobilität auf den Weg gebracht. Die schwarz-gelbe Koalition hat angekündigt, diesen Plan bis zum Frühjahr 2010 mit konkreten Maßnahmen und Zielvorgaben” weiter zu konkretisieren.

GEBROCHEN: SCHAUFENSTERPOLITIK

- Das Frühjahr ist vorbei, der Sommer gekommen, bei konkreten Maßnahmen aber totale Fehlanzeige. Auf dem so genannten Gipfel Elektromobilität gab es nur Fototermine und Schaufensterpolitik mit der Einrichtung einer “Nationalen Plattform Elektromobilität”.

VERSPROCHEN: BILDUNGSREPUBLIK

- Schon 2008 hatte Bundeskanzlerin Merkel die Länder zum ersten Bildungsgipfel eingeladen. Ihr Anspruch: Deutschland soll zur

„Bildungsrepublik“ werden. Aber auch drei ergebnislose „Bildungsgipfel“ später hat es Frau Merkel immer noch nicht geschafft, mit den Ländern verbindliche Vereinbarungen zu schließen, wie es gelingen kann, künftig 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung zu investieren.

- Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP angekündigt, Maßnahmen zu ergreifen, die es den Ländern erleichtern, ihre Bildungsaufwendungen zu steigern.

GEBROCHEN: KEINE PARTNERSCHAFT MIT DEN LÄNDERN

- Anders als bei den ersten beiden „Bildungsgipfeln“ haben Merkel und Schavan beim dritten vergeblichen Anlauf im Juni 2010 noch nicht einmal mehr versucht, weitere Abstimmungsprozesse anzustoßen, um das Bildungsversprechen einzulösen. Weitere Gespräche zwischen Bund und Ländern sind nicht mehr vorgesehen.
- Durch Klientelgeschenke an Hoteliers und Erben hat die Bundesregierung den Ländern und Kommunen Steuerausfälle in Milliardenhöhe beschert. Die Forderung der Ministerpräsidenten an den Bund, die Finanzausstattung der Länder zu verbessern, um zusätzliche Bildungsaufwendungen finanzieren zu können, wurde dagegen von der Bundesregierung beim dritten Bildungsgipfel im Juni 2010 rigoros zurückgewiesen.
- Ergebnis: Entgegen ihrer Ankündigung haben Union und FDP notwendige Mehrausgaben der Länder für Bildung nicht erleichtert, sondern erheblich erschwert.

VERSPROCHEN: BOLOGNA-REFORM VERBESSERN

- Nachdem Annette Schavan die protestierenden Studierenden zunächst als „ewig Gestrige“ beschimpft hatte, kam sie im Sommer 2009 doch nicht umhin, sich ihrer Sorgen anzunehmen. Damals versprach sie in einem 5-Punkte-Plan die Weiterentwicklung der Studiengang-Reformen.

GEBROCHEN: KEINE BEWEGUNG

- Ein knappes Jahr später wollte sie auf einer Nationalen Bologna-Konferenz im Mai 2010 Bilanz ziehen. Aber: zu bilanzieren gab es wenig. Gemeinsam mit Studierendenvertretern, Ländern und Hochschulen musste sie feststellen, dass sich kaum etwas bewegt hat.
- Diese Konferenz soll nun jährlich stattfinden, und es ist zu befürchten, dass das Ergebnis jedes Jahr wieder das gleiche sein wird: außer Show und Spesen nichts gewesen.

VERSPROCHEN: BILDUNGSABSCHLÜSSE VON MIGRANTEN ANERKENNEN

- Die vielen qualifizierten Migrantinnen und Migranten in Deutschland brauchen klare Rechtsansprüche auf ein Verfahren zur Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Bildungsabschlüsse sowie auf geförderte Maßnahmen zur Anpassungs- oder Nachqualifizierung. Bildungsministerin Schavan kündigte im Dezember 2009 an: Bis zur Sommerpause 2010 soll ein Gesetzentwurf ins Kabinett eingebracht werden, so dass die Verbesserungen Anfang 2011 in Kraft treten können.

GEBROCHEN: TATENLOSIGKEIT

- Die Sommerpause ist da – Schavans Gesetzentwurf nicht.

VERSPROCHEN: TECHNIKBEGEISTERUNG WECKEN

- Annette Schavan wollte sich ein Denkmal setzen und neue Wege gehen, um junge Menschen stärker für Naturwissenschaften und Technik zu begeistern. Wenn es ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr gibt, wieso nicht auch eines für physik- oder technikinteressierte Abgängerinnen und Abgänger der Schulen? Das „Technikum“ war geboren, in Scharen sollten junge Menschen ein Jahr in Unternehmenslaboren und Forschungsinstituten hospitieren und dadurch Anreize zur Aufnahme eines MINT-Studiums gewinnen. Dafür sind 2009/10 rund 6,2 Mio. Euro vorgesehen.

GEBROCHEN: DIE TEUERSTEN PRAKTIKANTEN DER WELT

- Sie hat zwar das freiwillige technische Jahr eingerichtet, doch der Erfolg der ganzen Arbeit und des eingesetzten Geldes: Ganze zwei (!) Praktikanten. Ein teures Denkmal, das so auch Frau Schavan nicht mehr gefallen dürfte. Wir haben dennoch Hoffnung, dass diese beiden Praktikanten tatsächlich auch ein MINT-Studium aufnehmen.

VERSPROCHEN: ELTERNGELD AUSWEITEN

- Die neue Bundesfamilienministerin Schröder hatte noch bis vor wenigen Monaten vollmundig versprochen, das Elterngeld ausweiten zu wollen.
- Ursprünglich wollte sie sogar schon im ersten Quartal 2010 Vorschläge aus dem SPD-Wahlprogramm 2009 in einen Gesetzentwurf gießen: So versprach sie unter anderem, die Zahl der Partnermonate von zwei auf vier zu erweitern und die maximale Bezugsdauer von 14 auf 16 Monate zu verlängern.
- Mehrfach hatte die Familienministerin betont, dieses Vorhaben trotz der schwierigen Haushaltslage auch gegen Widerstände im Kabinett durchsetzen zu wollen.

GEBROCHEN: ELTERNGELD KÜRZEN UND FÜR ARBEITSLOSE STREICHEN

- Anfang Juni dann die 180-Grad-Wende: Noch bevor die Regierung auf ihrer Klausurtagung über das schwarz-gelbe Sparpaket verhandelte, knickte die Familienministerin gegenüber Finanzminister Schäuble ein.
- Plötzlich nahm sie nicht nur ihr Versprechen zur Verbesserung des Elterngeldes wieder zurück, sondern bot im Gegenteil sogar noch Kürzungen beim Elterngeld an.
- Mehr noch: Die Art und Weise, wie nun beim Elterngeld gekürzt werden soll, verschärft die soziale Schieflage in der Familienförderung, trifft ALG-II-Empfänger/innen am härtesten und belastet außerdem viele Familien im mittleren Einkommensbereich.

VERSPROCHEN: FRÜHKINDLICHE BETREUUNG AUSBAUEN

- Die Konjunkturkrise und die unverantwortliche Finanzpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung haben die Kommunen vor neue Schwierigkeiten beim Ausbau der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur gestellt. Frau Schröder verdrängt die Probleme statt sie zu lösen. Statt gemeinsam mit Ländern und Kommunen nach Wegen zu suchen, um die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung für unter Dreijährige ab 2013 abzusichern, übt sich die Ministerin in Ignoranz.

GEBROCHEN: KOMMUNEN IN NOT, BUNDESREGIERUNG SCHWEIGT

- Der eigentlich schon für das erste Quartal 2010 versprochene Kabinetttbericht zur Evaluierung des Betreuungsausbaus liegt bis heute nicht vor. Aus Schröders Sicht ist das durchaus nachvollziehbar – müsste sie doch den Herausforderungen endlich ins Auge sehen und ihr Nichtstun gegenüber der Öffentlichkeit rechtfertigen.

VERSPROCHEN: KINDERARMUT BEKÄMPFEN

- Im Januar 2010 versprach Familienministerin Schröder im Rahmen ihres Antrittsbesuchs im Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, noch im Frühjahr 2010 einen Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Kinderzuschlags vorzulegen. Der Kinderzuschlag ist eine zielgenaue Maßnahme für Geringverdienende und dient dazu, dass Kinder von Eltern mit geringem Erwerbseinkommen nicht in die Bedürftigkeit abrutschen. Frau Schröder kündigte an, durch gesetzliche Änderungen die Reichweite des Kinderzuschlags auszubauen und Armutsrisiken von Kindern zu reduzieren.

GEBROCHEN: TATENLOSIGKEIT

- Inzwischen ist Sommer. Aber ein Gesetzentwurf der Ministerin ist weit und breit nicht in Sicht.

VERSPROCHEN: UNTERHALTSVORSCHUSS STÄRKEN

- Ebenfalls im Januar 2010 kündigte Ministerin Schröder an, das Unterhaltsvorschussgesetz weiterzuentwickeln. Sie versprach, noch im ersten Quartal 2010 einen Gesetzentwurf vorzulegen, um u.a. die Altersgrenze für den Leistungsbezug von 12 auf 14 Jahre anzuheben.

GEBROCHEN: TATENLOSIGKEIT

- Doch auch nach Ablauf des zweiten Quartals gibt es noch nicht einmal einen Referentenentwurf. Elternteile, die auf den Unterhaltsvorschuss angewiesen sind, werden von Schwarz-Gelb weiter hängen gelassen.

VERSPROCHEN: ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN

- Frau Schröder hatte versprochen, eine ressortübergreifende Politik zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements zu entwickeln und dem Bundeskabinett noch im zweiten Quartal 2010 eine Engagementstrategie vorzulegen.

GEBROCHEN: TATENLOSIGKEIT

- Eingehalten hat sie auch dieses Versprechen nicht.

VERSPROCHEN: DOKUMENTATIONSSTÄTTE FLUCHT, VERTREIBUNG, VERSÖHNUNG

- Im Koalitionsvertrag heißt es: „Die Dokumentationsstätte „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin wird entsprechend den gesetzlichen Vorgaben eingerichtet.“ Diese gesetzlichen Vorgaben wurden zu Zeiten der Großen Koalition beschlossen.

GEBROCHEN: LEX STEINBACH

- Die Stiftung FVV gemäß den bestehenden gesetzlichen Vorgaben umzusetzen, wurde insofern ad absurdum geführt, als dass die gesetzliche Grundlage aufgrund der „Erpressung“ durch den Bund der Vertriebenen (BdV) geändert wurde. Mit der Drohung, die Benennung der Vorsitzenden Erika Steinbach für den Stiftungsrat nicht zurückzuziehen, wurden deutliche Veränderungen der gesetzlichen Grundlage im Sinne des BdV vorgenommen.

VERSPROCHEN: NEUES KLIMASCHUTZABKOMMEN

- Schwarz-Gelb wollte sich in Kopenhagen für ein weltweites anspruchsvolles Klimaschutzabkommen einsetzen (Koalitionsvertrag S. 27).
- Es sollte zu einer Festlegung eines konkreten Entwicklungspfadens für die Treibhausgas-Emissionen kommen.

- Zudem wollte die schwarz-gelbe Regierung eine stärkere Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Bekämpfung des Klimawandels erreichen.
- Dabei sollte eine angemessene Finanzierung von Technologietransfer-, Waldschutz- und Anpassungsprojekten erzielt werden.

GEBROCHEN: DEUTSCHLAND BRICHT ZUSAGEN

- Das vernichtende Resümee von Kopenhagen: Kein Einsatz für den Klimaschutz. Deutschland hat seine Vorreiterrolle bei den Verhandlungen aufgegeben und sitzt seit dem am Katzentisch.
- Den Entwicklungsländern wurden zur Bekämpfung des Klimawandels zusätzlich 420 Mio. Euro jährlich von 2010-2012 versprochen. Tatsächlich wurden 2010 aber nur 70 Mio. Euro erreicht (nur je 35 Mio. Euro zusätzlich wurden im Umwelt-Haushalt sowie im Haushalt für wirtschaftliche Zusammenarbeit bereitgestellt).

VERSPROCHEN: ENERGIEKONZEPT

- Schwarz-Gelb hat versprochen, ein Energiekonzept vorzulegen. Darin soll der Energiemix der näheren Zukunft beschrieben und die Frage der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken beantwortet werden.

GEBROCHEN: SCHWARZ-GELBES ATOMCHAOS

- Schwarz-Gelben wird selbst zum Größten-Anzunehmenden-Unfall in Sachen Energie. Das Hin und Her bei der Laufzeitverlängerung der gefährlichen Atomenergie erzeugt Unsicherheit bei allen Beteiligten. Nicht zuletzt die Spekulation, auch ohne Beteiligung des Bundesrats ein verfassungsrechtlich fragwürdiges Gesetz durchzudrücken, verschärft den Eindruck, dass ein unverantwortliches Atomchaos die gesamte Energiepolitik in Geiselschaft nimmt. Vor allem der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird gefährdet.

VERSPROCHEN: ERNEUERBARER ENERGIE AUSBAUEN

- Schwarz-Gelb versprach den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien und den Ausbau der Technologieführerschaft. (S. 27)

GEBROCHEN: GEFÄHRDUNG DER ENERGIEWENDE

- Die Absenkung der Solarvergütung zum 1. Juli 2010 ist zu bei weitem zu hoch und schadet der Branche, die, um wettbewerbsfähig zu bleiben und die Technologieführerschaft zu halten, intensiv in Forschung und Entwicklung investieren muss.
- Der Förderstopp für Anlagen auf Ackerflächen bedeutet für den Ausbau der Erneuerbaren Energien ein Hemmnis und ist zudem einen Eingriff in die Planungshoheit von Kommunen.

- Durch die geplante Laufzeitverlängerung der Hochrisikotechnologie Atom wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien massiv behindert.

VERSPROCHEN: CO₂-GEBÄUDESANIERUNG VERBESSERN

- Schwarz-Gelb spricht im Koalitionsvertrag von einer wirkungsvolleren Ausgestaltung des CO₂-Gebäudesanierungsprogrammes. Zudem solle die Sanierungsquote steigen. (S. 28)

GEBROCHEN: HALBIERUNG DER MITTEL

- Die Mittel dafür werden für das Jahr 2011 jedoch halbiert, Handwerk und Beschäftigung werden immense Auftragseinbußen hinnehmen müssen, die Klimaschutzziele rücken in weite Ferne.

VERSPROCHEN: NIVEAU DER STÄDTEBAUFÖRDERUNG HALTEN

- Im Koalitionsvertrag heißt es: „Die Städtebauförderung leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur lebenswerten Gestaltung von Städten und Gemeinden. Wir werden die Städtebauförderung als gemeinschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen auf bisherigem Niveau, aber flexibler fortführen. (S. 42)

GEBROCHEN: HALBIERUNG DER MITTEL

- Die Städtebauinvestitionen – Stadtumbau, Stadtentwicklung, Soziale Stadt – werden halbiert. Für die Städte und Gemeinden ist dies nach dem Einbruch der Steuereinnahmen durch die Krise und nach den Milliardenlasten durch schwarz-gelbe Steuerprivilegien die dritte Hiobsbotschaft. Bei Baugewerbe und Handwerk bleiben die Aufträge aus, es drohen Umsatzverluste von Hunderten von Millionen Euro.

VERSPROCHEN: BAHN STÄRKEN, SCHIENE AUSBAUEN

- Zum Jahreswechsel hat Bundesminister Peter Ramsauer ein umfangreiches Ausbauprogramm der Schieneninfrastruktur angekündigt, um das zukünftige Wachstum des Güterverkehrs zu stemmen.

GEBROCHEN: ABSINKEN DER INVESTITIONEN

- Fraglich ist, wie der Ausbau mit dem Absinken der Investitionsquote ab dem Jahre 2011 zu vereinbaren ist. Minister Ramsauer hat zum Sparpaket der Bundesregierung „ja“ gesagt: Damit entzieht er der Bahn zusätzlich jährlich 500 Millionen Euro für Investitionen.

VERSPROCHEN: VERKEHRSLÄRM SENKEN

- "Verkehrslärm kann krankmachen", so Minister Ramsauer. Er will zusätzliche Lärmschutzwände und Lärmschutzfenster einbauen. Dabei verweist er auf die finanziellen Anstrengungen im aktuellen Haushalt in Höhe von 50 Millionen Euro und kündigt einen Bedarf im gesamten Bundesgebiet von insgesamt 1,5 Milliarden Euro an.

GEBROCHEN: ES BLEIBT BEIM KRACH

- Eine einfache Rechenaufgabe: 1,5 Milliarden Euro Bedarf, 50 Millionen Euro jährlich – in wie vielen Jahren wäre der Bedarf erfüllt? Peter Ramsauer braucht 30 Jahre um den Lärm in den Griff zu bekommen. Er will die Bürger für dumm verkaufen.

VERSPROCHEN: TIERSCHUTZPOLITIK

- Die Bedeutung des Tierschutzes wird als ein zentrales Thema immer wieder angeführt. Im Koalitionsvertrag wird auf die artgerechte Haltung und Ernährung von Tieren verwiesen.

GEBROCHEN: WORTHÜLSEN

- Die Möglichkeiten des Tierschutzgesetzes hinsichtlich der Einführung eines obligatorischen Prüf- und Zulassungsverfahrens für serienmäßig hergestellte Tierhaltungssysteme wird nicht ausgeschöpft. Artgerechte Tierhaltung bleibt eine leere Worthülse. Auch die angekündigte Initiative zur Begrenzung der Tiertransportzeiten ist ausgeblieben.

VERSPROCHEN: AGRARPOLITIK NACHHALTIG AUSRICHTEN

- Mit der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik in Europa nach 2013 besteht die große Chance, die Landwirtschaft nachhaltig und zukunftsweisend auszurichten.
- Die Unterstützung der europäischen Landwirtschaft mit öffentlichen Geldern ist unter Legitimationsdruck geraten. Denn die europäische Agrarpolitik wurde auch vor dem Hintergrund der Welthandelsrunden zunehmend marktorientiert ausgerichtet.
- Die Bundesregierung beteuert die Bedeutung öffentlicher Güter, die durch die Landwirtschaft bereitgestellt werden, und unterstreicht die Erhaltung einer flächendeckenden, multifunktionalen, nachhaltigen Landwirtschaft.

GEBROCHEN: NEUAUSRICHTUNG BEERDIGT

- Die Strategie in den Verhandlungen in Brüssel zeigt deutlich, dass es um die Verteidigung des Status Quo geht, nicht aber um eine zukunftsorientierte Ausrichtung der europäischen und deutschen Landwirtschaft.
- Nicht zuletzt bei der Aufstellung des Bundeshaushaltes 2010 ist deutlich geworden, dass die neuen Herausforderungen von der Bundesregierung nur halbherzig angenommen werden. Weder wurde ein besonderes Augenmerk auf die nachhaltige Landwirtschaft gelegt noch die dringend notwendige Neuausrichtung der Politik für ländliche Entwicklung in Angriff genommen. Alle Initiativen, diese Politik ressortübergreifend auszurichten, wurden sang- und klanglos beerdigt.

VERSPROCHEN: KUNDUS-AFFÄRE AUFKLÄREN

- Die schwarz-gelbe Koalition wollte Ende des vergangenen Jahres die Untersuchung des Beschusses der beiden Tanklaster in der Gegend um Kundus/Afghanistan dem Verteidigungsausschuss übertragen. Damit wollten sie die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes umgehen. Wir haben dem nur unter der Maßgabe zugestimmt, dass Zeugen aus der Leitungsebene grundsätzlich in öffentlicher Sitzung einvernommen werden.

GEBROCHEN: ANGST VOR ÖFFENTLICHKEIT, FLUCHT IN VERTUSCHUNG

- Schwarz-Gelb hat diese Vereinbarung einseitig aufgekündigt. Kaum haben wir die Gegenüberstellung des „schneidigen“ Shootingstars Guttenberg mit den von ihm gefeuerten ehemaligen Mitarbeitern Ex-Staatssekretär Wichert und dem ehemaligen Generalinspekteur Schneiderhahn gefordert, schon hat sich die schwarz-gelbe Mehrheit im Ausschuss aus Angst vor der Öffentlichkeit nicht mehr an ihr Versprechen gehalten.
- Diese Fortsetzung der Vertuschungsversuche werden wir nicht durchgehen lassen. Wir werden dieses Vorgehen beim Bundesgerichtshof anfechten.